

Lotto informiert: Regulierung des Online-Glücksspiels: DLTB fordert deutlichere Positionierung der Kommission gegen illegale Anbieter

Die Europäische Kommission (KOM) hat heute ihre Empfehlung zum Verbraucher-, Spieler- und Jugendschutz für das Online-Glücksspiel veröffentlicht. Die Lotteriegesellschaften im Deutschen Lotto- und Totoblock unterstreichen die Bedeutung eines besonders hohen Verbraucherschutzniveaus in diesem sensiblen Sektor und appellieren an den deutschen Gesetzgeber/die Aufsichtsinstanzen sowie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Online-Glücksspielsektor auch weiterhin entsprechend der nationalen Besonderheiten individuell zu regulieren, auch wenn dies besonders restriktive Maßnahmen erfordert.

„Wir erkennen die Bemühungen der KOM an, im Bereich des Glücksspiels den Standard des Verbraucherschutzes zu verbessern – aber bitte nach oben und nicht nach unten aufweichen!“, fordern Michael Burkert und Peter Jacoby, derzeitige Federführer im Deutschen Lotto- und Totoblock sowie Geschäftsführer der Saarland-Sporttoto GmbH. „Mit dieser Empfehlung erhalten Mitgliedstaaten mit hohem Verbraucherschutz keine Hilfe von Seiten der KOM, den Wildwuchs im Online-Sektor zu bekämpfen. Bei dieser Empfehlung haben sich Wirtschaftsinteressen gegenüber echten Verbraucherschutzinteressen durchgesetzt. Länder/ Gebiete wie Malta und Gibraltar haben Hunderten von Online-Anbietern Lizenzen verliehen, die ihre Dienste ohne die erforderliche nationale Konzession anbieten bzw. nationale Verbote ignorieren. In vielen Mitgliedstaaten machen diese illegalen

Angebote einen Großteil des Online-Marktes aus.“

Für die Lotteriegesellschaften ändert sich mit Veröffentlichung der Empfehlung im Hinblick auf den Glücksspielstaatsvertrag nichts. Die Mitgliedstaaten bleiben dem Subsidiaritätsprinzip gemäß weiterhin zuständig für die Regulierung des Glücksspielmarktes, und dies Online und Offline. „Wir können nur hoffen, dass die deutschen Aufsichten ihrer Aufgabe zum Schutze der legalen Anbieter nachkommen und entsprechend ihrer Möglichkeiten gegen illegale Anbieter vorgehen sowie Maßnahmen gegen exzessive Verbrauchertäuschung ergreifen“, so Burkert und Jacoby.